

Ärztliche Stellungnahme zur aktuellen Situation

Sehr geehrte Patientin,
wir wenden uns an Sie als Ihre Ärzte, die durch den ärztlichen Eid, durch unsere Berufsordnung und vor allem durch Ihren Auftrag verpflichtet sind, Schaden von Ihnen und Ihrer Familie fern zu halten. In diesem Kontext müssen wir uns auf diesem Wege äußern, weil wir zutiefst besorgt sind über die gegenwärtige Entwicklung auf unserer Welt und in diesem Land.

Wir erleben eine von Tag zu Tag zunehmende Diskrepanz zwischen der uns zugänglichen Datenlage, modernen wissenschaftlichen Denkgebäuden und dem uns verordneten und uns alle schwer beeinträchtigendem Umgang mit der Situation. Und zugleich beobachten wir bei unseren Patientinnen eine wachsende Unsicherheit und Unbehagen hinsichtlich der Redlichkeit der politisch Verantwortlichen und ihrer Ratgeber. Deshalb sehen wir es als unsere Pflicht an, Ihnen nach bestem Wissen und Gewissen eine Orientierungshilfe zu geben, die ausschließlich auf gesicherten Fakten aufbaut und jede Spekulation, Deutung oder gar systematische Theorie zu vermeiden versucht.

1.

Das Auftreten einer weltweiten Pandemie ist neben Kriegen, Terror und Naturkatastrophen eins der großen Schreckensszenarien der Menschheit. Es wurden internationale und nationale Szenarien entwickelt, wie im Falle einer solchen Situation vorzugehen ist, um möglichst viele Menschenleben zu retten.

Anmerkungen:

- a) Die gesamte Denkwelt geht von der inzwischen widerlegten Vorstellung aus, Viren seien Zellparasiten und prinzipiell Feinde (entsprechend kriegerisch ist das aktuelle Vokabular). Diesem Paradigma folgt die Vorstellung, durch Impfungen Krankheiten ausrotten zu können. Die moderne Wissenschaft geht dagegen heute von einem grundsätzlich anderen Denkmodell aus und versteht Viren als ganz wesentliche Bestandteile unseres Ökosystems mit vielfältigen und überlebenswichtigen Funktionen z.B. bei der Anpassung an sich verändernde Umweltbedingungen. Das bedeutet: In den Fokus der Medizin gerät zunehmend das Immunsystem, nicht das Virus. Oder anders gesagt: Die Fehlreaktion eines Organismus auf den Versuch eines Virus, sich in unser Ökosystem zu integrieren, wird heute als entscheidende Ursache von Krankheit angesehen. Und gegen diese hilft keine Impfung, sondern ausschließlich Verbesserung der Lebensbedingungen (Ernährung, Umweltfaktoren) und damit Stabilisierung des Immunsystems.*
- b) Die international und national vorbereiteten Szenarien sind auch der Industrie bekannt, denn sie war regelmäßig (z.B. beim Szenario „Event 201“ im November 2019) nicht nur einbezogen, sondern hier sogar Mitveranstalter. Das bedeutet, dass es traditionell eine Brücke zwischen medizinischen, wirtschaftlichen und industriellen Betrachtungsweisen des Phänomens Pandemie mit gegenseitigen Wechselwirkungen und Interessenbildungen.*

2.

Die Ende 2019 in China aufgetretenen Anomalien entsprachen offenbar den Kriterien, die in den vorbereiteten Szenarien die Möglichkeit einer sich weltweit ausbreitenden Pandemie bedeuteten. Entsprechend wurden die Maßnahmepläne international (Event 201) und national (Drucksache 17/12051 Deutscher Bundestag 2013) aktiviert.

Anmerkungen:

- a) *Die Deutsche Bundesregierung wurde augenscheinlich ganz wesentlich von Virologen beraten, die in diese Planungen involviert sind. Die aus unserer Sicht völlig berechtigte Frage, welche Personen die Regierung beraten haben und ob bei diesen Personen Interessenkonflikte ausgeschlossen sind, wurde unserer Kenntnis nach bis heute nicht beantwortet.*
- b) *Als Ärzte und als außenstehende Beobachter haben wir Verständnis für die weltweit ausgelöste Gruppendynamik, zumal die Zustände z.B. in Italien und neuerdings in den USA ja tatsächlich Besorgnis erregend waren und sind. Dennoch können die Verantwortungsträger nicht von der Verpflichtung entbunden werden, alle einlaufenden Informationen kritisch zu prüfen und in einen wissenschaftlichen Kontext zu bringen. Dies ist beim Beispiel Italien definitiv nur unzureichend erfolgt.*

3.

Es gibt derzeit zwei grundsätzliche Strategien, mit Erkrankungswellen dieser Art umzugehen:

- Strategie A: Wir verhindern die Infektion, unterbrechen Infektionsketten und bremsen damit die (unvermeidliche) Ausbreitung des Virus, bis ein Impfstoff bereitsteht und eine (künstliche) Herdenimmunität erzeugt wird. Diese Strategie ist die logische Konsequenz der alten Vorstellung, Viren seien prinzipiell totbringende Feinde und dürfen keine Chance erhalten, in unseren Organismus einzudringen.
- Strategie B: Wir greifen nicht in die seit Jahrtausenden ablaufenden evolutionär-immunologischen Mechanismen ein, lassen die Infektion gesunder und damit nicht gefährdeter Personen zu und schützen Personen, deren Immunsystem so geschwächt ist, dass eine krankhafte Körperreaktion erwartet werden muss. Wir erzeugen somit eine natürliche Herdenimmunität, die zu einem zwingend folgenden Abflachen des allgemeinen Erkrankungsgeschehens führt.

Die deutsche Bundesregierung und alle Bundesländer haben sich (im Unterschied zu Schweden) für die Strategie A entschieden und ziehen diese konsequent und ohne Rücksicht auf die aktuelle Datenlage (Italien, Schweden, Reproduktionszahlen, Letalitätszahlen) bis heute durch.

Anmerkungen:

- a) *Dass sich Verantwortungsträger für eine bestimmte Strategie entscheiden, ist aus unserer Sicht richtig und notwendig. Allerdings muss diese Entscheidung auf der Grundlage möglichst breiter Expertise erfolgen und immer wieder hinterfragt und an die aktuelle Datenlage angepasst werden. Die Verantwortlichen in Bund und Ländern handeln offenbar auf der Grundlage der Expertise einzelner Personen (Drosten) und Institutionen (Robert-Koch-Institut). Stimmen anderer Wissenschaftler (Bhakdi, Streeck, Wodarg) werden nicht einbezogen und sogar diffamiert. Damit wird ein Bedrohungsszenario („hunderttausende Tote“) aufgebaut, das ganz offensichtlich – auch ohne die derzeitigen Maßnahmen – nicht eintritt, aber die Menschen in Angst versetzt.*
- b) *Die Verantwortungsträger begründen ihre Entscheidungen mit Zahlen, die den anerkannten wissenschaftlichen Kriterien nicht standhalten und den Regeln einer wissenschaftlichen Evaluation widersprechen. Beispielsweise werden nach wie vor täglich die Zahl der Infizierten genannt, ohne sie in einen Kontext (Zahl der durchgeführten Testungen) zu bringen. Dies ist besonders erschreckend, weil die Herausgeber dieser Zahlen (Robert-Koch-Institut) bereits vor Wochen diese Ungenauigkeit eingeräumt haben, jedoch täglich weiter solche Daten herausgeben. Völlig unverständlich ist, warum drei Monate nach Beginn der Infektionswelle keine repräsentative Kohortenstudie vorliegt, die das Infektions-, Krankheits- und Sterbegeschehen in Deutschland wissenschaftlich korrekt abbildet. Die einzige (nicht repräsentative, aber direkt aus einem abgeschlossenen Infektionsherd stammende und daher äußerst wertvolle) Studie wurde von den Beratern der Regierung reflexartig verrissen.*

4.

Bei allem Verständnis für eine der internationalen Gruppendynamik folgende (und möglicherweise überzogene) Erstreaktion sind die Verantwortlichen verpflichtet, die ergriffenen Maßnahmen zeitnah im Sinne einer Nutzen-Risiko-Abwägung zu evaluieren. Dies wäre eigentlich vor dem so massiven Eingriff in die Grundrechte, spätestens aber zu Ostern notwendig gewesen. Instrumente hierfür wären:

- Einberufung einer europa- oder weltweiten unabhängigen und das gesamte wissenschaftliche Spektrum repräsentativ abbildenden Expertenkommission aus Virologen, Epidemiologen, Infektiologen, Wirtschaftswissenschaftlern, Staatsrechtlern und Ethikern, die die Situation analysiert und für jedes Land angepasste Lösungsstrategien erarbeitet;
- Objektivierung des Infektionsgeschehens durch eine repräsentative Kohortenstudie, die verlässlich die Immunisierungs-, Erkrankungs- und Sterberate bezogen auf unsere Bevölkerung abbildet;
- Herstellung einer uneingeschränkten Transparenz der Entscheidungsfindung, um jeder „Verschwörungstheorie“ vorzugreifen;
- Zulassen einer breiten Diskussion und Nutzung der Medien als wirkliche Informations- und Diskussionsplattform, um jeden Missbrauch der Situation durch undemokratische politische Kräfte zu verhindern.

Sollte sich bei dieser Evaluation erweisen, dass die in der ersten Panik reflexartig und der internationalen Gruppendynamik folgend ergriffenen Maßnahmen unangemessen oder gar falsch waren, ist es eine staatspolitische Selbstverständlichkeit und eine Frage der Ehre, diese Fehler einzugestehen und zu korrigieren. Dies ist insbesondere in Rücksicht auf unsere so schwerwiegend betroffenen Kinder wichtig.

5.

Vor allem muss das Feindbild korrigiert werden, denn heute ist unstrittig klar, dass ein und dasselbe Virus in verschiedenen weltweiten Regionen völlig unterschiedliche Reaktionen auslöst. Während es im deutschsprachigen Raum – unabhängig von den getroffenen Maßnahmen – keine von üblichen Erkrankungswellen wesentlich abweichende Auswirkungen zu haben scheint, hinterlässt es in Ländern wie Spanien, Italien, England und den USA offenbar deutlichere Spuren. Diese Diskrepanz kann nicht am Virus liegen, sondern muss zwingend auf andere Faktoren zurückzuführen sein. Darauf sollten sich alle Maßnahmen fokussieren: Die Störfelder ergründen und zielgenau und konsequent beseitigen. Dieser Weg wäre effektiver, als die gesamte Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben lahmzulegen und auf eine Impfung zu hoffen.

6.

Eine Impfung mit mRNA-Impfstoffen ist eine völlig neuartige und bisher am Menschen noch nicht umgesetzte Technologie, die mit erheblichen Unwägbarkeiten und Risiken verbunden ist. Deshalb darf sie keinesfalls überstürzt eingeführt werden. Auch wäre es unverantwortlich, eine verpflichtende Impfung mit einer nicht ausreichend geprüften und theoretisch hoch problematischen Technologie einzuführen.

Anmerkung:

a) Die deutsche Bundesregierung gibt ganz offen zu, dass sie versucht, durch eingreifende Maßnahmen den Infektionsverlauf so lange zu bremsen, bis eine Impfung bereitsteht. Sie verschweigt dabei entscheidende und für die Menschen im Land äußerst relevante Aspekte:

- *Entweder wir müssen uns auf jahrelange Einschränkung unserer Freiheiten einrichten (Altmaier: Milliarden Masken für die nächsten Jahre), oder der hoch problematische Impfstoff wird in einem Schnellverfahren ohne die notwendigen klinischen Prüfungen zugelassen.*
- *Eine (künstliche) Herdenimmunität ist nur durch eine Impfquote zu erreichen, die bei einem Impfstoff mit unbekanntem Risikoprofil nicht freiwillig zu erwarten ist (Gefahr indirekter Zwänge).*

Es ist nach unserer Überzeugung die staatspolitische Pflicht der Bundesregierung, das von ihr beabsichtigte Szenario hinsichtlich Zeitplan und Impfpflicht jetzt offenzulegen und mit der Gesellschaft zu diskutieren, da alle für diese Aussagen notwendigen Zahlen bereits vorliegen und sich in nächster Zeit mit größter Wahrscheinlichkeit – wie bereits jetzt erkennbar – nur zum Positiven verändern werden.

7.

Mit der Einführung einer Maskenpflicht in verschiedenen Lebensbereichen ist nach unserem Verständnis eine rote Linie der Rechtsstaatlichkeit überschritten worden. Alle bisherigen – und zum Teil hoch umstrittenen – Maßnahmen können mit der Generalermächtigung nach §16 IfSG (Infektionsschutzgesetz) begründet werden. Sowohl dieses Gesetz als auch das von der Bundesregierung 2013 geplante Pandemieszenario sehen aber ausschließlich die folgenden Einschränkungen der im Grundgesetz verankerten Grundrechte vor:

Grundrecht auf

- Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1),
- körperliche Unversehrtheit (Artikel 2 Abs. 2 Satz 1),
- Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 Satz 2),
- Freizügigkeit (Artikel 11 Abs. 1),
- Versammlungsfreiheit (Artikel 8),
- Brief- und Postgeheimnis (Artikel 10)

Die Maskenpflicht wird mit keinem dieser eingeschränkten Grundrechte begründet. Sie bedeutet jedoch einen Eingriff in das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2, Absatz 1), weil auch die gesunde und damit andere nicht gefährdende Mehrheit der Bevölkerung gezwungen wird, ihre Kommunikation mit den Mitmenschen, die zu wesentlichen Teilen über die Mimik verläuft, einzuschränken. Eine solche Beschneidung der Kommunikationsmöglichkeit stellt nach unserem Verständnis eine gut erforschte Freiheitseinschränkung dar, die nicht hinreichend vom Infektionsschutzgesetz abgedeckt ist. Die für derartige Einschnitte notwendige Verhältnismäßigkeit ist nicht gewahrt,

- weil es eindeutige Nachteile gibt: Kohlendioxidgehalt der Atemluft hinter der Maske mit allen damit verbundenen Atem- und Leistungseinschränkungen, Infektiosität bei unsachgemäßer Handhabung (z.B. Lagekorrektur bei schlechtem Sitz), Gefühl falscher Sicherheit und damit Vernachlässigung der Abstandsregeln;
- und weil die Vorteile fraglich sind: Die meisten Infektiologen bestreiten den schützenden Charakter einer normalen Mund-Nasen-Maske.

Sehr geehrte Patientin,

wir bitten Sie dringend, sich nicht von dem derzeit von offiziellen Seiten verbreiteten Klima der Angst mitreißen zu lassen, denn die damit verbundenen emotionalen und sozialen Effekte sind nach unserer Überzeugung genauso schädlich wie die Infektion selbst. Der Schaden, der durch die gegenwärtige Situation allein unseren Kindern zugefügt wird, ist unermesslich! Und unsere Kinder haben es verdient, dass wir vorbildhaft und entschieden für ihre Rechte eintreten. Damit ist nicht nur ihre aktuelle Lage, sondern auch das Sozial- und Rechtsempfinden der Zukunft gemeint. Die Entscheidungsträger und ihre Berater müssen ihr Vorgehen verantworten und mögliche Fehleinschätzungen eingestehen, so wie jeder Einzelne von uns verursachte Schäden ausgleichen muss. Nur so kann ein Prozess des Verstehens, der Akzeptanz und des Verzeihens eingeleitet werden, der angesichts der verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Situation unumgänglich ist.

Wir müssen die Verantwortlichen dazu bringen,

- transparent, klar und ehrlich zu sein, um „Verschwörungstheorien“ und fragwürdigen politischen Kräften keinen Raum zu geben;
- verbindlich ihre konkreten Pläne offenzulegen und damit eine breite Diskussion zu ermöglichen,
- eindeutig klarzustellen, dass Eingriffe in Grundrechte künftig nicht mehr in dieser Weise möglich sind – insbesondere, dass die von Bill Gates zu Ostern in der Tagesschau dargestellten Visionen einer globalen Impfpflicht ausdrücklich nicht Strategie der Bundesregierung sind. Es darf keinen Zwang zu Impfungen oder zu irgendeinem Monitoring geben!

Prof. Dr. Sven Hildebrandt, Dr. Justine Büchler, Linda Zimmer